

Baden-Württemberg muss Hochtechnologieland bleiben



Der Fokus bei der Vergabe von Fördermitteln liegt bei der AfD auf Innovationen in künstlicher Intelligenz, Nanotechnologie sowie Elektro- und Informationstechnik. Die Auflösung von Lehrstühlen und Einrichtungen in unwissenschaftlichen Forschungsfeldern, wie der Genderlehre, würden einen Teil zur Finanzierung beitragen. Nur so wird Baden-Württemberg weiterhin wettbewerbsfähig in der Automobil-, Maschinenbau- und Zulieferbranche, Chemie- und Pharmaindustrie sowie Elektro- und Softwaretechnik sein. Und als Hochtechnologieland auch Hochlohnland bleiben.

Der entstandene Rückstand der Infrastruktur bei Straßen, Schienen, Mobilfunk und Internet muss konsequent beseitigt werden. Die Durchführung von Ausschreibungen und Subventionsprogramme muss

optimiert werden. Unsere Dienstleistung-, Produktions- und Internetunternehmen sollen zukünftig keine infrastrukturellen Wettbewerbsnachteile gegenüber dem Ausland erfahren.

Schlüsseltechnologien auf Weltniveau garantieren auch vitale Märkte in Bau, Logistik, Handel und Dienstleistung. Das Fortbestehen baden-württembergischer Hochtechnologie ist daher auch durch eine effektive Startup-Politik zu sichern. Gründer bedürfen eines bürokratiearmen ökonomischen Umfelds und finanzieller Ressourcen. Die Attraktivität von Investitionen in Startups muss steuerlich gesteigert werden.

VISION FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Baden-Württemberg soll als Standort attraktiv bleiben. Dazu braucht es Ausbildung, Entwicklung und Forschung in Unternehmen und Hochschulen auch um in disruptiven Technologien wettbewerbsfähig zu sein.



IHR ARBEITSKREIS FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT, WOHNUNGSBAU



CAROLA WOLLE MdL

Als Abgeordnete aus dem Wahlkreis Neckarsulm und selbständige Unternehmerin setze ich mich insbesondere für die Belange der kleinen und mittleren Unternehmen ein. Bürokratie und eine hohe Steuerlast sind Gift für den Mittelstand; das Rückgrat der baden-württembergischen Industrie. Dabei liegt mir aktuell der Erhalt unserer Automobil- und Zulieferindustrie besonders am Herzen. Unsere Arbeitsplätze dürfen nicht ideologischen Hirngespinnsten geopfert werden.

carola.wolle@afd.landtag-bw.de



ANTON BARON MdL

Nach meiner handwerklichen Ausbildung habe ich ein Studium in Wirtschaftsingenieurwesen absolviert und kann zudem einige Jahre Berufserfahrung als Produktmanager vorweisen. Somit ist meine Mitgliedschaft im Wirtschaftsausschuss und die Funktion des handwerkspolitischen Sprechers nur folgerichtig. Weiterhin bin ich auch für den Wohnungsbau zuständig. Beide Bereiche leiden unter der Bürokratie- und Steuerbelastung, die wir endlich reduzieren müssen.

anton.baron@afd.landtag-bw.de



DR. HEINER MERZ MdL

Als Groß- und Außenhandelskaufmann sowie promovierter Wirtschaftsinformatiker ist mir die Bedeutung der wirtschaftlichen Situation unseres Landes nicht nur bewusst sondern auch ein besonderes Anliegen. Durch verschiedene Stationen in der freien Wirtschaft im In- und Ausland bringe ich nicht nur Kompetenz sondern auch die praktische Erfahrung mit, an der es den alteingesessenen Politikern oft mangelt.

heiner.merz@afd.landtag-bw.de

Arbeitskreis Wirtschaft, Arbeit, Wohnungsbau

Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

FRAKTION
Tel. 0800-37258466
post@afd.landtag-bw.de
www.afd-fraktion-bw.de

WIR SIND BEREIT!



Für Baden-Württemberg



AfD



WIRTSCHAFTSBAU
WOHNUNGSBAU
ARBEIT

IHR ARBEITSKREIS FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT, WOHNUNGSBAU



AfD

Wirtschaft in Baden- Württemberg – Antrieb für Europa



AFD – DIE MITTELSTANDSPARTEI

Wir legen großen Wert auf eine Differenzierung zwischen internationalen Branchenführern, die zum Teil über Generationen vererbt wurden und jungen kleineren Unternehmen. Den besonderen Bedürfnissen von Existenzgründern, beispielsweise im Handwerk, ist ebenfalls Rechnung zu tragen. Unsere Wirtschaftspolitik gilt allen, die Beschäftigung sichern und sowohl umwelt- als auch sozialverträglichen Wohlstand schaffen.

Die AfD setzt sich auch im Landtag für eine zielgerichtete Mittelstandsförderung ein. Bürokratie muss ein Nebeneinander von Konzernen, Mittelständlern und Personengesellschaften ermöglichen! Wir setzen uns für die Überprüfung und Vereinfachung bürokratischer Regeln und eine Reform des Unternehmenssteuerrechts ein.



ARBEIT UND ARBEITNEHMERSCHUTZ

Der Missbrauch von Leiharbeit und von Werkverträgen ist zu beenden. Leiharbeit soll reguläre Arbeitsverhältnisse ergänzen und nicht etwa ersetzen.

Wir befürworten unter den jetzigen Verhältnissen einen gesetzlichen Mindestlohn, da er die vergleichsweise schwache Position der Niedriglohneempfänger gegenüber den Interessen der Arbeitgeber stärkt.

Schwarzarbeit ist kein Kavaliersdelikt. Zu deren Bekämpfung muss an den Ursachen angesetzt und die hohe Steuer- und Abgabenlast reduziert werden.

Die partielle Abschaffung der Meisterpflicht hat zu einer nachteiligen Entwicklung im deutschen Handwerk und in der Volkswirtschaft insgesamt geführt. Die Wiedereinführung ist daher die einzig logische Konsequenz. Ebenso wie das duale Bildungssystem steht der Meister für deutsche Qualität in der Qualifikation. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels fordern wir, die Ausbildung zum Meister finanziell mit dem Hochschulstudium anzugleichen. Die nicht abgedeckten Lehrgangs- und Prüfungsgebühren bei der Ausbildung zum Meister sollten vom Land übernommen werden.

AUTOMOBILINDUSTRIE ERHALTEN, MOBILITÄT SICHERN

Richtigerweise wurde der Diesel in Deutschland über Jahre als klimafreundlichster PKW-Antrieb gefördert. Mit seinem hohen Wirkungsgrad erreicht er eine bessere CO₂-Umweltbilanz als Benzin- und insbesondere Elektroautos.

Mit überlegener Technologie hat sich die baden-württembergische Auto- und Zulieferindustrie an die Spitze des weltweiten Dieselmotors gearbeitet. Eine Abkehr von dieser Technologie trifft nicht nur die Unternehmen und die Beschäftigten der Branche hart; sie wirkt sich auch mangels Alternativen negativ auf die Klimabilanz aus.

Elektroautos mangelt es schlicht an einer marktfähigen und vor allem umweltverträglichen Akkutechnologie sowie der notwendigen Ladeinfrastruktur. Elektromobilität ist derzeit ein hoch subventioniertes Luxusgut für Privilegierte und kein Fortbewegungsmittel für Normalverdiener.



IMMISSION FÖRDERN STATT EMISSION BESTRAFEN

Klimapolitik muss global und ganzheitlich gerechnet werden. Die angestrebte deutsche Energiewende wird scheitern:

- Der Einfluss Deutschlands auf die gesamte Erdatmosphäre ist nicht signifikant.
- Durch Rodung der Wälder weltweit sinkt die Immissionskapazität der Biomasse. Wir fordern auch für Deutschland den Schutz und die Ausweitung von Waldflächen.
- Die Energiewende verursacht hohe Kosten und bindet so die Mittel, die für einen Klimaschutz durch technischen Fortschritt fehlen.



KÜHLEN KOPF STATT (ANTI-) GRÜNER PANIK

Wir fordern eine Diskussion über die Höhe und Sinnhaftigkeit der geltenden Grenzwerte für Stickoxidkonzentration in der Luft. **Unser Ziel ist die Vermeidung von Dieselfahrverboten in Städten.**

Messungen der Stickoxidkonzentration müssen in Deutschland genauso repräsentativ erfolgen, wie in anderen europäischen Ländern. In deutschen Städten drohen dann auch keine europäischen Fahrverbote.

Wir teilen die Ansicht führender Wissenschaftler und Lungenärzte, dass die derzeitigen, weiter fallenden, Stickoxidbelastungen in deutschen Städten keine Gefährdung für die Gesundheit darstellen. Ohne Dieselmotoren sind die geforderten Einsparungen im verkehrsbedingten CO₂-Ausstoß nicht realisierbar. Ohne Dieselindustrie ist auch weiterer technologischer Fortschritt wirtschaftlich gefährdet.

Eigentum statt Miete – Attraktivität im Bau, Gerechtigkeit beim Wohnen



Der Wohnungsmarkt ist auch in baden-württembergischen Städten extrem angespannt. Die Schaffung insbesondere bezahlbaren Wohnraums wurde über Jahre vernachlässigt, während sich der hausgemachte Wohnraummangel durch die ungesteuerte Zuwanderung verschärft.

Um den Wohnungsbau zu fördern setzt sich die AfD für eine Senkung der Grunderwerbsteuer zurück auf 3,5 % ein. Auch eine deutliche Entschlackung der Landesbauordnung werden wir ungeachtet der Ignoranz der anderen Parteien weiter in den Landtag einbringen. Darüber hinaus sehen wir die Energiesparverordnung des Landes und des Bundes als großen Kostentreiber an, der beseitigt werden muss.

Die Grundsteuer ist bereits seit langem verfassungsrechtlich umstritten und hemmt die Entstehung von neuem Wohnraum. Sie berücksichtigt darüber hinaus nicht die Leistungsfähigkeit der Betroffenen und wird im Regelfall auf die Mieter umgelegt. Daher ist die Grundsteuer abzuschaffen.

Die Ausgleichsfinanzierung könnte im Sinne der Bürokratievermeidung mit einem kommunalen Hebesatzrecht in das reformierte Einkommensteuersystem integriert werden.

Die Attraktivität von Investitionen in sozialen Wohnungsbau muss steuerlich gesteigert werden.



Bezahlbarer
Wohnraum

Mietexplosion